

Solardach-Pflicht für alle? So sieht der neue Ökostrom-Plan der Regierung aus

Welt, 02.09.2020, Daniel Wetzel

Mit dem neuen EEG fällt der „Solardeckel“ weg – dem weiteren Ausbau der Solarenergie sind nun keine Schranken gesetzt

Die Novelle des Ökostrom-Gesetzes EEG sieht die Verdoppelung der Solarstrom-Kapazitäten innerhalb von zehn Jahren vor. Um dieses sehr ambitionierte Ziel zu realisieren, wollen die ersten Bundesländer das PV-Dach bei Neubauten bereits zur Pflicht machen.

Luftbilder des ländlichen Deutschlands zeigen grüne Wälder und Wiesen mit den Einsprengseln roter Dächer von Kleinstädten und Dörfern. Diese Anmutung könnte sich in einigen Jahren ändern: Blau-Schwarz dürfte zwischen all dem Grün zur dominierenden Farbe werden.

Dafür sprechen die Ökostrom-Pläne der Bundesregierung. In dem Referenten-Entwurf des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2021“ legt sich die Politik auf Ausbauziele fest. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung soll bis 2030 nunmehr 65 Prozent erreichen. Neben der Windkraft zu Lande und zur See soll insbesondere die Fotovoltaik einen kräftigen Schub bekommen.

Der Länder-Wind-Ausgleich soll die Energiewende gleich doppelt beschleunigen

Die Energiepolitik hatte in den vergangenen Jahren Vorbehalte eine Energietechnik auszubauen, die nachts gar nicht und in der kalten Jahreszeit kaum zur Verfügung steht: Mehr als 52 Gigawatt Fotovoltaik sollte in Deutschland finanziell nicht gefördert werden. Doch mit dem neuen EEG fällt dieser „Solardeckel“ weg, dem weiteren Ausbau sind nun keine Schranken gesetzt.

Deutlich mehr Solarstrom geplant

Die Bundesregierung plant, die Solarstrom-Kapazitäten innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln. Das geht aus dem Referenten-Entwurf des Ökostrom-Gesetzes EEG hervor. Pro Jahr müssten damit Solarmodule mit einer Gesamtkapazität von fünf Gigawatt installiert werden.

So wird es jetzt zum gesetzlich definierten Ziel, die Solarstrom-Kapazitäten in Deutschland innerhalb von zehn Jahren auf 100 Gigawatt zu verdoppeln. Pro Jahr müssten damit blau-schwarze Solarmodule mit einer Gesamtkapazität von fünf Gigawatt neu auf Dächern und Freiflächen installiert werden. Fünf Gigawatt entspricht ungefähr der installierten Leistung von fünf Atomkraftwerken. Allerdings nutzen PV-Anlagen mit ihren knapp 1000 Volllaststunden diese installierte Leistung nur zum geringen Teil aus.

Die solaren Ambitionen in Deutschland sind also hoch. Wurden seit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000 knapp 50 Gigawatt Solarleistung in Deutschland installiert, soll jetzt in der Hälfte der Zeit noch einmal dasselbe hinzukommen. Befördert wird der Optimismus durch den dramatischen Verfall der Preise für Solartechnik.

Regierung rechne den Stromverbrauch klein

Während Solarstrom vom Dach noch im Bereich von 6 bis 9 Cent pro Kilowattstunde vergütet wird, gibt es bei großen Freiflächen-Anlagen bereits Projekte, die ganz ohne Beihilfen aus dem EEG auskommen wollen. Immerhin 3,9 Gigawatt Solar-Leistung wurden im vergangenen Jahr hierzulande zugebaut, während die Windkraft auf einen Bruchteil dieses Wertes einbrach.

Doch die geplante Verdoppelung in zehn Jahren reicht der Fotovoltaik-Branche nicht. Die Solarkapazitäten müssten bis 2030 sogar auf über 160 Gigawatt mehr als verdreifacht werden, fordert der Branchenverband BSW-Solar. Platz ist angeblich genug da.

Nach einer Studie im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums gibt es 3164 Quadratkilometer „restriktionsfreie Flächen“ für Fotovoltaik in Deutschland. Das Fraunhofer Institut ISE schätzt, dass dies für 226 Gigawatt ausreichen würde.

Auch die Denkfabrik Agora Energiewende fordert einen noch stärkeren Ausbau, als es das der EEG-Entwurf vorsieht. „Für das 2030er-Ziel, 65 Prozent des Stroms aus Erneuerbaren Energien zu erzeugen, müssen jährlich ungefähr doppelt soviel Wind- und Solaranlagen gebaut werden, wie in dem Entwurf steht“, kritisiert Agora-Chef Patrick Graichen: „Hier macht sich die Regierung etwas vor, indem sie den Stromverbrauch künstlich klein rechnet.“

Zahlreiche Details im neuen EEG lassen insbesondere die Solarlobby an den lautereren Ansichten der Bundesregierung zweifeln: „So wird Ökostrom den Atom- und Kohleausstieg nicht kompensieren können“, kritisiert Verbandschef Carsten Körnig: „Statt eines überfälligen Solar-Beschleunigungsgesetzes werden insbesondere Unternehmen neue Hemmnisse in den Weg gelegt, wenn sie künftig Solarstrom vom eigenen Dach nutzen oder ins Stromnetz einspeisen wollen.“

Unterstützung bekommt die Branche allerdings bereits aus den Bundesländern. Dort wollen immer mehr Politiker eine allgemeine Solardach-Pflicht durchsetzen. Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen sind die Vorreiter.

Im Südwesten der Republik sind ab 2022 auf allen Nicht-Wohngebäuden Fotovoltaik-Anlagen vorgeschrieben, wenn der Landtag nach der Sommerpause zustimmt. „Das ist innovativ und mutig“, feierte Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) den Kabinettsbeschluss vom Mai dieses Jahres: „So wird Bauen modern und Klimaschutz zur Selbstverständlichkeit.“

Solarlobby fürchtet Imageverlust

Untersteller sieht die PV-Pflicht auf Nicht-Wohngebäuden als Einstieg in eine allgemeine PV-Pflicht für Neubauten, die aus seiner Sicht „in den nächsten Jahren kommen muss“, und zwar „nicht nur in Baden-Württemberg“.

In Hamburg ist man sogar schon weiter. Im neuen Klimaschutzgesetz hat der rot-grüne Senat eine Fotovoltaik-Pflicht für alle Neubauten ab 2023 vorgeschrieben, auch für Wohngebäude. Ab 2025 wird es auch bei umfänglichen Dachsanierungen zur Pflicht, PV-Module oben drauf zu legen.

Bremen geht einen ähnlichen Weg. In Berlin unternehmen die Grünen ebenfalls Vorstöße in die Richtung, stoßen einstweilen aber noch auf den Widerstand der örtlichen Wirtschaft sowie der Haus- und Grundeigentümer.

Dem Bundesverband der Solarwirtschaft ist die Regulierungsfreude der Landesregierungen sogar zuviel: Die Branchenlobby fürchtet, dass ihr Image unter einem Installationszwang leidet. Sie würde lieber auf verbesserte Anreize und weniger Regulierung setzen.

Ob sich weitere Bundesländer der Pflicht zum PV-Dach anschließen, ist unsicher. Die Diskussion über konkurrierende Nutzungsmöglichkeiten wird vielerorts noch geführt. Schließlich verhindert eine PV-Pflicht die Nutzung von Solarthermie-Anlagen. Auch für eine wasserspeichernde Dachbegrünung, die für das Mikroklima von Städten wichtig sind, fehlte dann Fläche.

Weitgehend offen bleibt vorerst auch die Frage, wie eine so hohe Solarleistung sinnvoll ins System der Stromversorgung integriert werden kann. Absehbar sind enorme Solarspitzen zur Mittagszeit im Sommer, die nur kurzfristig gespeichert werden können. Im Winter fällt die Solarleistung dann monatelang auf Werte nahe Null zurück und muss durch andere Energiequellen ersetzt werden.